



*Schutzbundprozess*

Zusammenstoß kamen vier Menschen ums Leben, darunter der sozialdemokratisch orientierte Rayonsinspektor Karl Tlasek, der das Heim schützen wollte. Am 28. Jänner 1933 wurde die Anklageschrift gegen Emil Fajfrzyk und 15 andere Schutzbündler wegen des Versuchs der öffentlichen Gewalttätigkeit fertig gestellt, wobei es im Wesentlichen um die ersten fünf Schüsse ging. Der Prozess fand vom 14. bis 21. März 1933 statt, also bereits zu einer Zeit, in der Österreich autoritär regiert wurde, was sich gegenüber den Nationalsozialisten jedoch noch nicht zeigte. Der Prozess endete mit einem Freispruch für alle Beschuldigten, worauf vom Staatsanwalt sofort Nichtigkeitsbeschwerde erhoben wurde. Die fünf Angeklagten Emil Fajfrzyk, Leopold Freisl, Jaroslaw Nowak, Josef Bauer und Anton Umgeher blieben trotz des erstinstanzlichen Freispruches weiterhin in Haft. Sie wurden in der Folge im Berufungsverfahren zu unbedingten Freiheitsstrafen von sieben bis neun Monaten verurteilt, jedoch auf Grund der langen Untersuchungshaft sofort entlassen.

Der christlich-soziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der seit dem Mai 1932 regierte, war auf die Unterstützung der Heimwehren angewiesen und von Mussolini abhängig, da er im Nationalrat keine eindeutige Mehrheit besaß. Am 4. März 1933 traten alle Nationalratspräsidenten in Folge einer Geschäftsordnungskrise zurück (Streit über die Gültigkeit eines Stimmzettels). Das nahm Dollfuß zum Anlass, den Nationalrat auszuschalten und autoritär nach dem „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz“ aus dem Jahre 1917 zu regieren. Sukzessive wurden die demokratischen Grundrechte zerstört, beispielhaft sollen folgende Maßnahmen angeführt werden: Einführung der Pressezensur, Verbot der Maifeier und anderer Veranstaltungen, Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und der Kommunistischen Partei, Einschränkung des Streikrechtes, Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes, Einführung der Todesstrafe.

Da die Mitglieder der ab März 1933 verbotenen Sozialdemokratie während des Austrofaschismus nicht mehr öffentlich demonstrieren durften, behalf man sich mit sogenannten „Spaziergängen“, bei denen eine größere Gruppe von Personen „mit demselben Ziel“ geschlossen auf den Straßen marschierte. Oftmals wurden die Spaziergänger von der Polizei festgenommen, so auch am 11. November 1933, dem 15. Todestag Victor Adlers, am Zentralfriedhof. Einer davon war Bruno Kreisky, späterer SPÖ-Bundeskanzler in der 2. Republik (1970 bis 1983), der daraufhin Bekanntschaft mit dem Polizeikommissariat in der Krausegasse 14 machte. Die Demokratie lag in ihren letzten Zügen, dramatische Entwicklungen kündigten sich an, die ab dem Februar 1934 Wahrheit werden sollten.



# Simmering in den Jahren 1934 – 1945, Faschismus und Illegalität

## Die Kälte des Februars 1934

Die sich immer mehr zuspitzenden Spannungen entluden sich im Februar 1934. Zunächst bildeten Ultimata der Heimwehr in verschiedenen Bundesländern den Auftakt. Am 4. Februar 1934 folgte eine aggressive Rede Starhembergs in Innsbruck, am 11. Februar eine noch weit aggressivere Rede Feys in Großenzersdorf: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und ganze Arbeit leisten“. Die Vermittlungsversuche zwischen Renner und der Regierung blieben erfolglos. Doch auch von christlich-sozialer Seite gab es Warnungen zu dieser gefährlichen politischen Entwicklung. Überliefert ist eine mutige Rede Leopold Kunschaks im Wiener Gemeinderat vom 9. Februar 1934, in der er eindringlich vor den Nationalsozialisten warnte und ausrief: „Gebe Gott, dass sich die Zerrissenheit des Geistes und der Seele von unserem Volk und seinen Führern bald hebe, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint“. Die Warnungen verhallten im immer kälter werdenden Wind. Der Weg führte also in eine offene und blutige Auseinandersetzung.



*Artillerie gegen Arbeiter*

Am 12. Februar 1934 leisteten die Linzer Schutzbündler nach einer provokatorischen Waffensuche in der Zentrale der oberösterreichischen Sozialdemokratie Widerstand. Bereits am Vormittag des 12. Februars legten die Arbeiter des Simmeringer Gaswerks die Arbeit nieder. Die Arbeiter des E-Werks gaben mit ihrer Stromabschaltung für ganz Wien das Signal zum Generalstreik. Hunderte Schutzbündler besetzten die großen Gemeindebauten zwischen Geiselbergstraße und Braunhubergasse (Widholz-Hof, Höger-Hof, Klein-Hof, Engels-Hof u.a). Zunächst musste sich die Polizei in das Kommissariat in der Krausegasse zurückziehen, da sich große Teile Simmerings in der Hand der Schutzbündler befanden, jedoch erhielt sie bald Verstärkung. Schon am 13. Februar 1934 ging das Feldjägersbataillon zu Rad Nr. 4 gegen die Schutzbündler vor, die von Dachböden aus das Kommissariat unter Beschuss nahmen. Am gleichen Tage ließ das Feldjägersbataillon zu Rad Nr. 4 die Spiritusfabrik Mautner Markhof mit Minenwerfern beschießen, ehe sie gegen die dort verschanzten Schutzbündler vorging, die ihrerseits das Kommissariat beschossen. Im Höger-Hof kam es am 13. Februar

1934 zu schweren Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Schutzbündlern. Diese hatten dort eine Art Verbandsplatz eingerichtet. Am 14. Februar waren die Schutzbündler zur Aufgabe gezwungen. Nach einer gründlichen Untersuchung der Wohnungen durch die Polizei, die im Hof auch einen erschossenen Schutzbündler und eine erschossene Frau auffanden, förderte die Exekutive 30 Gewehre, eine Anzahl Handfeuerwaffen und Munition zutage. Auch bei den Krankenkassen-Häusern in der Braunhubergasse 25-29 kam es am 13. Februar zu schweren Gefechten. Die Schutzbündler wehrten sich heftig gegen die vorrückenden Bundesheer- und Schutzkorpseinheiten. Schließlich wurden die Krankenkassen – Häuser von einer Haubitzenbatterie unter Beschuss genommen.